

Wilhelm Rühl, Arno Klönne

## 1. Bertelsmann und Private-Public-Partnership

Seit Mitte der 90er Jahre etwa hat sich in Deutschland für eine bestimmte Form der Modernisierung öffentlicher Institutionen die Bezeichnung »Private Public Partnership« (PPP) eingebürgert. Das klingt freundlich — und in jedem Fall besser als »Privatisierung«. Scheinbar bleibt der öffentliche Einfluss gewahrt: eine win-win-Situation für beide beteiligten »Partner«? Wilhelm Rühl und Arno Klönne argumentieren dagegen und belegen, dass PPP eine Form der Enteignung und der Entdemokratisierung ist.

Seit Jahren schon befindet sich die Bundesrepublik Deutschland in einem Prozess des gesellschaftlichen, von den wirtschaftlichen Machteliten programmierten und von der politischen Klasse systematisch umgesetzten Umbruchs, dessen Ziel es ist, den deutschen Kapitalismus aus den Zügelungen zu lösen, die ihm durch die nach dem Zweiten Weltkrieg für einige Jahrzehnte in Westdeutschland prägenden sozialstaatlichen Regulierungen auferlegt waren. Dieser Wandel der Gesellschaftsordnung vollzieht sich zu einem wesentlichen Teil als Privatisierung«, d. h. als Verlagerung bisher öffentlich oder gemeinnützig betriebener Dienstleistungen in die Verfügungsgewalt kommerzieller Unternehmen. Der profitorientierten Kapitalverwertung ist damit ein riesiges neues Geschäftsfeld eröffnet. Es liegt nahe, dass ein solcher Umbruch auf Widerstände stößt; auch deshalb setzt die Politik der Privatisierung auf Zwischen- und Übergangslösungen. In diesem Zusammenhang haben Konzepte und Projekte der »Public Private Partnership« (PPP) hohe Bedeutung. Die Bertelsmann AG und die Bertelsmann Stiftung wirken als einflussreiche Antriebskräfte bei der Durchsetzung von PPP. Dies betrifft sowohl die ideologische Wirkung, die von der Bertelsmann Stiftung als dem führenden deutschen Politikberatungsunternehmen ausgeht, als auch die modellartige Praxis, mit der die Arvato Aktiengesellschaft als Teil des Bertelsmann-Konzerns aufwartet.

Aus der **Arvato AG** (Gütersloh), die sich vollständig im Besitz des Konzerns befindet und in 27 Ländern auf vier Kontinenten Dienstleistungen unterschiedlichster Art anbietet, sind es im ersten Schritt die Bereiche Informationstechnologie im Internet und Wissensmanagement (Arvato-Systems), die geschäftsmäßig auch für kommunale Dienstleistungen genutzt werden können, wobei sogar (wie in England) die Übernahme ganzer Kommunalverwaltungen möglich ist, was bereits Mitte 2005 geschehen ist (s. u.). Gerade hier ist die Verbindung zwischen »Diskurspolitik« der Bertelsmann Stiftung und der Anwendung des Public Private Partnership Projekts zwecks Erzielung eines kommerziellen Gewinns bei der Bertelsmann AG deutlich erkennbar.

### Was ist Public Private Partnership (PPP)?

Public Private Partnership (Abkürzung PPP), eingedeutscht Öffentlich Private Partnerschaft (ÖPP), ist ein Sammelbegriff für jegliche Art des ökonomischen Zusammenwirkens von öffentlichen Akteuren mit privaten Wirtschaftssubjekten. PPP geht in der Regel mit einer Teil-Privatisierung von öffentlichen Aufgaben einher. Reine Finanzierungsgeschäfte werden aber nicht als PPP bezeichnet. PPP ist somit nach heutigem, funktionalem Begriffsverständnis die meist «langfristig vertraglich geregelte Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft, bei der die erforderlichen Ressourcen (z. B. Know-how, Betriebsmittel, Kapital, Personal

etc.) von den Partnern zum gegenseitigen Nutzen in einem gemeinsamen Organisationszusammenhang eingestellt werden.  
PPP wird überwiegend als eine besondere Art der funktionalen Privatisierung angesehen. Im Unterschied zur materiellen Privatisierung zieht sich der Staat hier nicht vollständig von einer bislang öffentlich wahrgenommenen Aufgabe zurück. Im Rahmen der funktionalen Privatisierung werden private Wirtschaftssubjekte bei der staatlichen Aufgabenerfüllung hinzugezogen. Die hoheitliche Erfüllungsverantwortung bleibt dabei unangetastet. Hier werden vertragliche Konstruktionen geschaffen, die in den unterschiedlichsten Formen ausgestaltet sein können.(1)

PPP-Projekte können unterschiedliche Formen haben, diese reichen vom Leasing über das Betreibermodell bis zur Übertragung der Konzession an private Unternehmen. Der Anreiz für die öffentlichen Hände, sich auf PPP-Konstruktionen einzulassen, liegt zumeist in einem Zufluss- oder Entlastungseffekt für die jeweilige öffentliche Kasse bzw. den öffentlichen Haushalt, der aber in aller Regel nur kurzfristig eintritt und mit dem über die längerfristigen Verluste oder Belastungen für die öffentlichen Etats hinweggetäuscht wird. PPP- oder ÖPP-Projekte betreffen zur Zeit vornehmlich infrastrukturelle Einrichtungen (Schulen, Straßen, Versorgungsbetriebe, Krankenhäuser, Turnhallen, Sportplätze) und eben ansatzweise auch ganze Verwaltungskomplexe. Dabei werden den beteiligten Privatunternehmen auch steuerliche Begünstigungen gegeben, so u. a. durch das »ÖPP-Beschleunigungsgesetz«.

### **Wie Bertelsmann ins PPP-Spiel kam**

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich nach ihren eigenen Angaben für das Gemeinwohl ein. Dabei sind nach ihrem Selbstverständnis Wettbewerb und bürgerschaftliches Engagement wesentliche Grundlagen für den gesellschaftlichen Fortschritt. Entsprechend der Werbung auf Ihrer Homepage will sie »frühzeitig gesellschaftliche Herausforderungen identifizieren sowie exemplarische Lösungsmodelle entwickeln und verwirklichen.«

In diesem Sinne versucht sie, mit Hilfe ihrer PR-Arbeit die Politik der Bundesrepublik Deutschland zu beeinflussen und dabei auch die Geschäftspolitik der Bertelsmann AG zu unterstützen. Sie arbeitet dabei, neben der Verbindung mit Politikern, auch mit anderen Stiftungen der gesellschaftlichen Gruppen (Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden usw.) zusammen, wobei auch hier die Interessen ihres Konzerns sicherlich nicht außer Acht gelassen werden.

Dabei war PPP kein ursprüngliches Projekt von Bertelsmann. Die Stiftung arbeitet zur Zeit an über 60 Projekten. PPP ist aber keins dieser Projekte. Es war interessanter Weise in den insgesamt über 200 Projekten auf der Homepage von Bertelsmann, die den Projekten gewidmet ist, der Begriff »Public Private Partnership (PPP)« noch nicht einmal zu finden.

Allerdings hat die Stiftung schon seit Jahren relativ großen Einfluss in der Politik ausgeübt und dabei (besonders in NRW) Kooperationen mit staatlichen Stellen gefunden, ohne die Begriffe PPP (dieser Begriff stammt wohl aus den angelsächsischen Ländern) oder OPP (er wurde erst später von der SGK, d. h. der Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik, geprägt) zu verwenden. Es ist wohl auch davon auszugehen, dass der Begriff »PPP« aus dem wirtschaftlichen Tätigkeitsbereich des Bertelsmann-Konzerns in den angelsächsischen Ländern (z. B. über die Arvato AG) in den Blickpunkt der Stiftung

gekommen und dann von ihr in den öffentlichen Diskurs in der Bundesrepublik mit eingebracht worden ist.

Ideologisch wurde PPP an das Projekt E-Government (= Elektronische Verwaltung) angeschlossen. So las man von Bertelsmann aus Gütersloh am 30.06.2003 folgende Pressemeldung:

### **E-Government finanzieren - Public Private Partnership als Lösungsansatz**

Der Reformbedarf des öffentlichen Sektors ist ungebrochen, die finanziellen Mittel für diese Aufgaben werden knapper. Finanzierung durch Kooperationen lautet ein möglicher Lösungsansatz, der in der neuen Studie >Public Private Partnership im E-Government< der Bertelsmann Stiftung vorgestellt wird. Public Private Partnerships (PPPs) werden auch in Deutschland immer häufiger als sinnvolle Methode zitiert, um die Strukturreform der Verwaltung mit dem Know-how der Wirtschaft zu verbinden und finanzierbar zu machen. Das Wissen um die verschiedenen Rechtsformen, Organisation und Management von solchen Partnerschaften ist vielerorts aber noch nicht verbreitet. Die neue Studie, die im Projekt >Balanced E-Government< in Zusammenarbeit mit der Universität Kassel entstanden ist, möchte praxisorientierte Hilfestellungen für die Entscheider in Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Verbänden bieten. Die Online-Publikation ist Teil der Reihe >PPP für die Praxis<, die die Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit der Initiative D21 und der Sozietät Clifford Chance Pünder initiiert hat.

Ähnlich wurde im Editorial der 2003 und 2004 erschienenen speziellen Veröffentlichungen zum Thema PPP argumentiert. Dort hieß es u. a.: »Um der wachsenden Bedeutung des Themas und dem gleichzeitigen Erfahrungsdefizit gerecht zu werden, haben die Initiative D21, die Bertelsmann Stiftung und Clifford Chance Pünder gemeinsam die Reihe >PPP für die Praxis< aufgelegt.[...]«

Die Bertelsmann-Stiftung widmet sich seit fast 10 Jahren dem Thema Staat und Verwaltung aus unterschiedlichen Blickwinkeln und hat hier mit dem Projekt >E-Government< einen besonderen Schwerpunkt gesetzt. Die Sozietät Clifford Chance Pünder verfügt über langjährige Erfahrung als Berater in PPP-Projekten. Gemeinsam, so die Motivation zu dieser Reihe, können die drei Partner dazu beitragen, dass keine einsamen Wissensinseln geschaffen werden, sondern eine umfassende, vernetzte und praxisorientierte Handreichung zum Thema entsteht, die aufzeigt, was sich hinter der Formel PPP verbirgt.

Um 2002 war mit dem Bertelsmann-Projekt »Balanced E-Government« (= Ausgeglichenes Elektronisches Regieren bzw. Verwalten) begonnen worden. Es soll zur stärkeren Nutzung der neuen elektronischen Medien für politische Zwecke beitragen, z. B. auch im Sinne von elektronischer Bürgerorientierung bzw. -beteiligung unter dem Begriff »E-Democracy«.

E-Government (Elektronisches Regieren bzw. Verwalten) und E-Democracy (Elektronische Bürgerbeteiligung) wurden dabei als wesentliche Modernisierungsschritte öffentlicher Verwaltungen dargestellt. Diese beiden Projekte sollen als Instrumente eingesetzt werden, um den gewachsenen Ansprüchen von Bürgern und Unternehmen nach einer effizienten und transparenten Erfüllung von politischen Dienstleistungen besser gerecht zu werden.

Das klingt idealistisch - aber es ist einsatzfähig für realistische Geschäftspolitik.

## **PPP wird zum Geschäft**

Nachdem Bertelsmann das Dienstleistungs-Unternehmen Arvato übernommen hatte, reifte hier der Plan, zum Zweck einer angeblich besseren Wirtschaftlichkeit als Dienstleistung auch die Übernahme von »öffentlichen Verwaltungen« in die unternehmerische Tätigkeit einzubeziehen. Die Bertelsmann Stiftung warb auf ihren Webseiten für eine neue Symbiose von öffentlicher Verwaltung und Kommerz:

[...]Es sind in den Verwaltungen oft nur dürftige Kenntnisse über Wesen und Ausgestaltungsmöglichkeiten von derartigen Partnerschaften vorhanden. Hier möchte diese Studie eine praxisorientierte Hilfestellung für alle Interessierten aus Verwaltung, Politik und Verbänden anbieten. Sie soll einen Beitrag dazu leisten, Verwaltungsbedienstete, Führungskräfte, politische Entscheidungsträger sowie Verbands- und Vereinsrepräsentanten auf dem Weg zum PPP-finanzierten E-Government-Projekt zu begleiten. (Auszug aus dem 1. PPP-Papier von 2003)

So wurde der Gedanke der PPP, der sich in den angelsächsischen Ländern aus der neoliberalen Propagierung des »schlanken Staates« und der daraus hergeleiteten Privatisierung entwickelt hatte, mit Hilfe von Wirtschaftsberaterbüros in Deutschland von Bertelsmann ins Spiel und ins Geschäft gebracht. Eine Arbeitsteilung von Democracy (Legislative) beim Bürger und Government (Exekutive) bei der Wirtschaft erweckt den Anschein einer Gewaltenteilung; tatsächlich aber wird die Öffentliche Verwaltung um ihre Substanz gebracht.

Wenn etwa die privaten Rechtsformen von AG (mit Vorstand), KG (mit Komplementär und Kommanditist) und GmbH (mit Geschäftsführer) eingeführt werden, entscheidet auch formal das Government (=Exekutive).

Wie so etwas praktiziert wird, zeigt beispielhaft der Gesellschaftsvertrag der Firma KIG II Kreisimmobiliengesellschaft Waldeck-Frankenberg mbH & Co. KG für ein sog. Sale-and-lease-back-Modell.<sup>(3)</sup> Dieser wurde von der 50 % - igen Helaba (Hessische Landesbank)-Tochter Hannover Leasing GmbH entworfen. Möglicherweise hatte damit indirekt auch die Bertelsmann Stiftung etwas zu tun. <sup>(4)</sup>

Hier entscheidet ein Banker als geschäftsführender Gesellschafter der Kommanditgesellschaft (KG), der Verträge mit atypischen Stillen Gesellschaftern abschließen kann. Kommanditist ist der Kreis. Politiker als gewählte Vertreter nehmen nur in einem Beirat beratend teil. Sogar eine formale Aufsicht des Unternehmens ist hier ausgeschaltet, da ja bei einer KG kein Aufsichtsratsorgan vorgeschrieben ist.

## **PPP als Steuersparmodell**

Die erste Veröffentlichung in Sachen PPP durch die Bertelsmann-Stiftung erfolgte im Juni 2003: mit dem Titel PUBLIC PRIVATE PARTNERSHIP und E-GOVERNMENT-EINE PUBLIKATION AUS DER REIHE PPP FÜR DIE PRAXIS im Internet.

In dieser Studie wurden in Zusammenarbeit mit der Universität Kassel verschiedene Formen, Instrumente und Entwicklungsschritte PPP dargestellt.

Etwa um die gleiche Zeit, als das 1. PPP-Papier der Bertelsmann Stiftung im Internet erschien, wurde in den hessischen Kreisen Waldeck-Frankenberg, Weilburg-Limburg, Marburg-Biedenkopf und dem Vogelsbergkreis das Bestreben einer großen nordrhein-westfälischen Stiftung bekannt, hier eine besondere Art der PPP, nämlich

das Sale-and-lease-back (SLB) mit >Sparen< (oder besser: Entziehen) von Erbschafts- bzw. Erbschaftersatzsteuer einzuführen. Dabei wollte die Stiftung ihr hoch zu versteuerndes Geldvermögen in dem weniger zu versteuernden Grundvermögen der Kreise (Schulen, Verwaltungsgebäude) anlegen (>investieren<). Die Kreise sollten dann einen kleinen Teil der Steuerersparnis als sog. >Barvorteil< erhalten.(5)

Diese Übernahme der Immobilien von vier hessischen Kreisen zwecks Entziehung wesentlicher Teile der Erbschaftersatzsteuer durch eine nordrhein-westfälische Stiftung mit dem SLB-Verfahren kam nicht zustande, weil diese Stiftung die öffentliche Diskussion über ein solches >Steuerschlupfloch< scheute, das sogar die Kritik des hessischen Finanzministers (u. a. als Kreistagsmitglied im Kreis Limburg-Weilburg) provoziert hatte.

Obwohl in dreien dieser Kreise der Grundsatzbeschluss für SLB mehrheitlich gefasst wurde, in zwei Kreisen sogar Verträge zum Zug kamen, konnten wegen der Rechtsform der beteiligten >atypischen stillen Gesellschafter< auch die beschließenden Abgeordneten nicht erfahren, um welche große Stiftung aus NRW es sich hier handelte. Von Anfang an war aber hier die Bertelsmann Stiftung im Gespräch.

Zu dieser Zeit lief in Frankfurt/Main ein Bürgerbegehren, welches dort zur Abwendung eines Cross-Border-Leasing-Projekts (CBL) bei der Frankfurter U-Bahn führte. Diese kritische Diskussion über das CBL wirkte sich im hessischen Raum negativ auch auf die Bewertung des SLB-Projekts aus. Man nannte damals u. a. auch das SLB ein »deutsches CBL< (CBL = Leasing >über die Grenzen hinweg«, meist um den niedrigeren ausländischen Steuersatz auszunutzen).

Dagegen wurde etwa gleichzeitig ein Betreiber-Modell zur Sanierung und Gebäudebewirtschaftung der Schulen des Kreises Offenbach verwirklicht, das in seiner PPP-Form keine Vermögens- und Steuerangelegenheiten, sondern nur Dienstleistungen berührte.

### **Wie aus PPP eingedeutscht ÖPP wurde**

Auf Initiative der SPD waren bereits vorher in NRW PPP-Pilotprojekte begonnen worden, die in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung realisiert wurden.

Die SGK (Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik) brachte das PPP-Konzept eingedeutscht als ÖPP (Öffentliche Private Partnerschaft) in die Partei ein. Auf dem 2003-er SPD-Bundesparteitag wurde dann ohne jegliche Diskussion der folgende Passus beschlossen, der in den dort vorliegenden Antrag A I (Leitantrag) »Unser Weg in die Zukunft« eingefügt war:

### **Neue Finanzierungswege für Zukunftsaufgaben**

Der Finanzierungsbedarf öffentlicher Haushalte auf der einen Seite, das hohe Leistungsniveau des Staates und der erhebliche Bedarf an modernen Infrastrukturen auf der anderen Seite zwingen uns dazu, neue Finanzierungswege zur Bereitstellung von öffentlichen Leistungen zu gehen, die zukünftige Generationen nicht weiter belasten. Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) sind ein neuer Weg zur Bereitstellung öffentlicher Leistungen und ein wichtiger Baustein bei der Modernisierung unseres Staatswesens. Mit ÖPP können öffentliche Leistungen nicht nur mit geringeren Kosten schneller und früher, sondern auch in höherer Qualität

bereitgestellt werden.(6)

In der SPD kursierte ein ÖPP-Papier als ein Wegweiser für Kommunen, welche »Partnerschaften zwischen Staat und Privatwirtschaft in einem dritten Weg zwischen traditionellen Methoden und Öffentlicher Leistungserstellung und der Privatisierung staatlicher Vermögenswerte eröffnen« sollten. Herausgegeben wurde das Papier von Franz Müntefering, MdB und damals Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.(7)

### **Der Begriff »Bertelsmannisierung« kommt auf**

Die 2. Veröffentlichung über PPP von Bertelsmann erschien 2004 mit einem praktischen Leitfaden, herausgegeben in Zusammenarbeit mit einer Gruppe von Beamten, Anwälten usw. (sog. Initiative D21). Die betreffenden Personen versicherten ausdrücklich, damit ihre Privatmeinung auszudrücken, was in der Veröffentlichung besonders vermerkt war.

Im Vorwort wurde daraufhingewiesen, dass in Deutschland im Gegensatz zu den angelsächsischen Ländern, wo man pragmatischer handle, öffentliche Zwecke bzw. öffentliche Angelegenheiten nur von öffentlichen Bediensteten durchgeführt würden.

Im Unterschied zum angloamerikanischen Raum und einigen anderen Staaten setzten sich daher Public- Private- Partnership- Projekte in Deutschland erst allmählich durch. Das hängt sicherlich mit den Unterschieden in den Rechtssystemen, aber auch in Kultur und Mentalität zusammen.

Weiter heißt es darin: Die zunehmende Finanzknappheit der öffentlichen Hand auf allen drei Ebenen - Bund, Länder und Kommunen - habe jedoch zu einem Umdenken geführt.

Im Mai 2004 hatte die Bertelsmann Stiftung zusammen mit dem Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen ein Papier über Zukunftsstrategien vor Ort herausgebracht. Es soll ein »Leitfaden für die Praxis« sein.

Hierin war von PPP und ÖPP unmittelbar nicht die Rede. Lediglich am Schluss war vermerkt:

Zu dem Themen-Schwerpunkt »Strategien für die Zukunft vor Ort erscheint bis zum Herbst 2004 außerdem: u. a [...] Public Private Partnership und E-Government.

Weiterhin war dort angegeben:

Alle Titel stehen nach Erscheinen auch als Downloads zur Verfügung unter <http://www.zukunftsstrategien-vor-ort.de>.

Das dann von diesem Link herunter zu ladende neue Papier »Public Private Partnership und E-Government« enthielt nach einer Einführung in »Balanced E-Government - Herausforderungen heute« den Text des ersten Bertelsmann- PPP-Papiers mit einem Hinweis auf das zweite.

Diese so herunter zu ladende Schrift war offenbar nun die ministeriale Fassung (Richtlinie) für PPP in NRW, die durch eine Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung zustande gekommen war. Diesen Vorgang der Zusammenarbeit von Ministerium und Bertelsmann Stiftung bezeichneten später Kritiker als »Bertelsmannisierung« der Politik.

## Handfeste Geschäfte

Die Bertelsmann AG war dann das erste Unternehmen, das mit seiner Tochterfirma Arvato im Rahmen der PPP öffentliche Verwaltungen als private Dienstleistungsbetriebe übernahm. Dazu liegen folgende Berichte vor:

In seinem Artikel im Mindener Tageblatt (26.2.05) »Arvato will Prozesse optimieren - Privater Dienstleister übernimmt Verwaltungsaufgaben in England« berichtet Michael Donhauser aus Gütersloh u. a. folgt :

Man könne zwar keine politischen Entscheidungen treffen, habe Rolf Buch geäußert, aber bestehende Vorgaben glaube man sehr gut umsetzen zu können. Gleichzeitig habe sich Arvato verpflichtet, in der Region hunderte neuer Arbeitsplätze zu schaffen.

Buch sehe im Dienstleistungsgeschäft mit der öffentlichen Hand einen schlafenden Riesen. Es würden Gespräche mit weiteren Interessenten in England geführt. Später ziele man natürlich auch auf Deutschland. Frühestens nach zwei bis drei Jahren rechne man hier mit ersten Gehversuchen.

Auch für den Deutschen Städtetag sei das Outsourcing eine Möglichkeit, kommunale Verwaltung effektiver zu machen. Ob eine solche Entscheidung angezielt werde, müsse jedoch im Einzelfall entschieden werden, habe ein dortiger Sprecher gesagt. Wichtig sei, dass die Qualität der kommunalen Dienstleistung nicht leidet. <sup>(8)</sup>

Die Internetseite <http://www.german-foreign-policy.com> vom 05.04.2005 enthielt den Bericht »Unter deutscher Verwaltung«. Hier wird darüber informiert, dass die deutsche Bertelsmann AG, Europas größter Medienkonzern, in Großbritannien hoheitliche Aufgaben übernommen habe. Ein Bertelsmann-Tochterunternehmen werde ab Juli 2005 den Großteil der öffentlichen Verwaltungsarbeit einer britischen Gemeinde erledigen. Das Vorhaben gelte der deutschen Firma als »Pilotprojekt von strategischer Bedeutung« zur Expansion in einen milliardenschweren Markt. Europaweit wolle Bertelsmann im Rahmen der »Public Private Partnership« in die z. Z. noch unter nationalstaatlicher Kontrolle stehenden Bereiche vordringen und Tätigkeiten des öffentlichen Gemeinwesens übernehmen. <sup>(9)</sup>

Lange musste man dann im Internet suchen, bis man etwas darüber fand, ob und wie dieses PPP-Geschäft zur Übernahme der »Kommunalen Verwaltung\*« verwirklicht worden ist. Endlich konnte man etwas finden:

So berichtete die Junge Welt (4.10.2005) über folgenden Vorfall:

Es sei kaum bekannt, dass die Arvato seit Juli den Großteil der öffentlichen Verwaltungsarbeit einer britischen Gemeinde erledige. Für mindestens acht Jahre habe die Bertelsmann-Tochter die Verwaltung der Gemeinde East Riding in Yorkshire übernommen. Rund 500 Mitarbeiter der Verwaltung würden zu Arvato wechseln. Ein deutsches Unternehmen erledige damit hoheitliche Verwaltungsaufgaben, die bisher dem britischen Staat unterstanden. Arvato manage die Gemeinde, erhebe Gebühren und ziehe Steuern ein. East Ridings Bürgermeister Stephen Parnaby sei voller Optimismus.

Für den Arvato- Chef Hartmut Ostrowski sei dieser Dienstleistungsvertrag ein Pilotprojekt von strategischer Bedeutung, ein »Schaukasten« für weitere

Interessenten, nicht zuletzt für deutsche »Manager der öffentlichen Verwaltung«. Die deutsche Sektion des Europaverbandes der Selbständigen (BVD) erkenne in der Verwaltung der englischen Kleinstadt durch ein Bertelsmannunternehmen bereits ein zukunftsweisendes Modell. Nach Meinung des BVD-Präsidenten Kuni Both würden »die weiterwuchernden Personalkosten in ineffektiven öffentlichen Verwaltungen Deutschland endgültig in den Bankrott treiben«. Den Deutschen Städtetag kritisiere Both dabei aber zu Unrecht. Denn dieser halte das Outsourcing für eine von vielen Möglichkeiten, die kommunale Verwaltung effektiver zu machen, habe nur etwas gegen eine »komplette« Privatisierung, wie Both sie fordert, einzuwenden.

Durch Stiftungsprojekte und Kooperationen mit diversen Behörden und Institutionen forcieren die Bertelsmann Stiftung seit Jahren die Umkrempelung des öffentlichen Dienstes in Service-Agenturen.

Das neue Tätigkeitsfeld sei für die Konzerntochter bei Bertelsmann ein beispielhaftes Vorzeigeprojekt. Man hoffe in diesem neu geschaffenen Markt auf viele neue Kunden und viele neue, in die Kassen von Arvato- Bertelsmann fließenden Mittel.

Arvato- Servicemanager Rolf Buch erblicke im Dienstleistungsgeschäft an Stelle der Öffentlichen Verwaltung »einen schlafenden Riesen«. Das schlummernde Marktvolumen belaufe sich allein in Großbritannien auf über acht Milliarden Euro pro Jahr. So sei es nicht verwunderlich, dass der Konzern den Einstieg in bisher öffentliche Dienste auch anderer europäischer Staaten auf dem Wunschzettel habe.

Mit den Public Private Partnerships wolle Bertelsmann also in die noch unter Öffentlicher, nationalstaatlicher Kontrolle stehenden Verwaltungsbereiche eindringen.<sup>(10)</sup>

In einem Interview vom 23.03.2005 hatte Hartmut Ostrowski, Arvato-Vorstandsvorsitzender, schließlich erklärt, hoheitliche Aufgabe des Staates sei es in heutiger Zeit vor allem, für Strukturen und Gesetze zu sorgen. Wie diese letztlich umgesetzt würden, sei keine Frage, mit der sich der Staat beschäftigen müsse.

Anfang 2006 erkläre Ostrowski gegenüber dem Hamburger Informationsdienst new business ([www.new-business.de](http://www.new-business.de)), dass Arvato eigens für sein neues Aufgabenfeld einen neuen Produkt-Bereich namens »Government Services« einrichten werde.<sup>(11)</sup>

Die Bertelsmann-Tochter Arvato gab dazu bekannt, in absehbarer Zukunft auch in Deutschland in das Geschäft der Übernahme kommunaler Dienstleistungen einsteigen zu wollen. Dazu gehöre auch das Eintreiben von Steuern und das Auszahlen von Beihilfen. Es gebe bereits Gespräche mit »drei deutschen Mittelstädten« (Ostrowski).<sup>(12)</sup>

So will also Ostrowski den Gesetzgebungsprozess immerhin dem Staat überlassen - gewiss unter völlig unabhängiger Beratung durch die Bertelsmann Stiftung und mit freundlicher, nur dem Gemeinwohl verpflichteter Begleitung durch die Bertelsmann-Medien. Willkommen in der BRD - Bertelsmanns Republik Deutschland.

### **Maßnahmen zur Durchsetzung von PPP: SPD vorn**

Bei der Durchsetzung des PPP-Konzepts in der Bundesrepublik hat sich insbesondere die SPD-Führung hervorgetan, eine Aussage von Andreas Henke (Pressesprecher der Bertelsmann Stiftung) bestätigend: »Die Stiftung legt Konzepte auf den Tisch, die Politik setzt die Dinge um.« Die SPD-Politiker Wolfgang Clement

und Peer Steinbrück sind energische Verfechter der >Öffentlich-Privaten Partnerschaft< . Auf der Ebene der Bundesministerien und in den Ministerialverwaltungen von Bundesländern sind eigene PPP- >task forces< tätig. PPP-Kompakt — Monatlicher Informationsbrief für Entscheide gibt Einblick in die umfangreichen >beratenden< Aktivitäten, die PPP-Vorhaben zum politischen Erfolg verhelfen.

Auf der EU-Ebene ist hier das GRÜNBUCH ZU ÖFFENTLICH-PRIVATEN PARTNERSCHAFTEN UND DEN GEMEINSCHAFTLICHEN RECHTSVORSCHRIFTEN FÜR ÖFFENTLICHE AUFTRÄGE UND KONZESSIONEN in den Blick zu nehmen. <sup>(13)</sup>

Dieses von der Europäischen Union herausgegebene Papier will gesamteuropäische Probleme der ÖPP klären. Die Verwendung des eingedeutschten Begriffes Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) lässt vermuten, dass die Initiative dazu von der damaligen deutschen (rotgrünen) Bundesregierung kam.

### **Juristische Unterstützung für PPP**

Für die Bundesrepublik gilt das »Gesetz zur Beschleunigung der Umsetzung von Öffentlichen Privaten Partnerschaften und zur Verbesserungen gesetzlicher Rahmenbedingungen für Öffentlich Private Partnerschaften«, in Kraft getreten am 08.09.2005. <sup>(14)</sup>

Dieses Gesetz wurde im vorhergehenden Bundestag noch vor seiner Auflösung am 30.06.2005 beschlossen. Nur sechs MdBs der Grünen kritisierten in einer Erklärung die zu hastige Beratung des Gesetzentwurfs, insbesondere das Fehlen einer öffentlichen Anhörung von Fachleuten in dem federführenden Ausschuss.

Klaus Brandner (SPD-MdB aus Gütersloh) kommentierte in der Debatte um das PPP-Beschleunigungsgesetz die Übernahme von Verwaltungen durch Private positiv. Am 30.06.2005 gab er u. a. dazu bei der zweiten Lesung die folgende Erklärung ab:

*[...] Rolf Böhme, der frühere Oberbürgermeister von Freiburg, hat neulich in einem Zeitungsbeitrag dazu geschrieben: Die Entwicklung zu einer Gewährleistungsgemeinde, die nicht mehr selbst über ihre Ämter plant, ausführt und bewirtschaftet, sondern nur noch die Inhalte bestimmt und ihre Gewährleistung gegenüber der Bürgerschaft überwacht, ist vorgezeichnet. Die ÖPP-Modelle würden daher nicht nur Investitionen im öffentlichen Bereich, sondern auch Innovationen für die Struktur der öffentlichen Verwaltung insgesamt auslösen. [...]*

Auch der Bundesrat stimmte noch vor Ende der Legislaturperiode am 08.07.2005 dem Gesetz zu.

### **Demokratieabbau und weniger Informationen**

Mit der Unterstützung des PPP verliert die Bertelsmann Stiftung die Glaubwürdigkeit ihres Anspruchs, Demokratie und Informationsfreiheit fördern zu können. Mit den fortlaufenden Teil-Privatisierungen beim PPP werden die großen internationalen Konzerne, die am ehesten solche langjährigen Verträge abschließen können, durch die Übernahme von bisher öffentlichem Vermögen und öffentlichen Funktionen immer mehr wirtschaftliche und politische Macht erhalten. In den bisher öffentlichen, aber nun bei PPP privaten Rechtsformen (insbesondere bei Kapitalgesellschaften) wird

die demokratische Mitbestimmung der Bürger und der Beschäftigten beschränkt. Die bereits jetzt schon starke Exekutive (Verwaltung) wird die Legislative (Bürgervertretung) weiter schwächen, was zum Demokratieabbau führt. Die Bertelsmann AG erhält in den von ihr gemanagten »Verwaltungen« mehr Informationen, aber allein schon durch die privaten Rechtsformen gibt es nun mehr Möglichkeiten, Bürgern den Zugang zu Informationen zu verweigern.

Die zusammengeballte Macht von Staat und Wirtschaft (mit Konzernen und Verbänden) wird den Wettbewerb weiter einschränken. Dies gilt besonders für jene öffentlichen Güter und Dienstleistungen, die z. T. wegen ihrer Ortsgebundenheit monopolartigen Charakter haben und oft nur so rationell angeboten werden können. Die bereits früher in diesem Sinne durchgeführten Maßnahmen in der Energiepolitik zeigen dies bereits. Lediglich auf dem Arbeitsmarkt gibt es einen fortschreitenden Wettbewerb, der bei zunehmender Zentralisierung des eingesetzten Kapitals durch die abnehmende Nachfrage nach Arbeitskräften zu fortgesetztem Lohndumping führt.

### **Wie Kleinaktionäre enteignet werden können**

Mit der Anwendung von Squeeze-Out bei AGs gegenüber den Kleinaktionären können große Teile des bisherigen Realvermögens des Staates in gemischtwirtschaftlichen (PPP-) Konzernen zwangsweise (durch »Enteignungen« gegen Bargeld) konzentriert, »kapitalisiert« und anonymisiert werden. Hier sind hauptsächlich Kleinanleger und Mittelständler betroffen.

Auch hier bei der Einführung dieses Verfahrens, das zum 01.01.2002 erfolgte und welches den »Hinauswurf« (Ausquetschen«, »Enteignung«) von den letzten (restlichen) 5 % Kleinaktionären durch den Großaktionär ermöglicht, hatte einer der Berteismänner die Hand im Spiel:

Als »Vater des Squeeze-Out« ist Michael Hoffmann-Becking (60) lt. untenstehender Quelle bekannt. Er »betreut als Anwalt und Ratgeber vor allem Großkonzerne (zum Beispiel RWE) und reiche Unternehmerfamilien. Die Mohns, die Quandts, die Stihls, die Boehringers (Ingelheim) und die Versandhauserbin Madeleine Schickedanz gehören zur feinen Kundschaft des Düsseldorfer Starjuristen. Im Aufsichtsrat des Medienkonzerns Bertelsmann ist Hoffmann-Becking gar dienstältestes Mitglied. <sup>(16)</sup>

Als Vorsitzender des Handelsrechtsausschusses des Deutschen Anwaltvereins (DAV) hat er mit seinen Kollegen diese neue Regelung vorgeschlagen, die dann auch im deutschen Aktiengesetz festgelegt wurde. 2004 wurde diese Möglichkeit in eine EU-Richtlinie übernommen. Dieses Verfahren kann man als die letzte Stufe der Privatisierung bezeichnen. Hier übernimmt ein großer Kapitalgeber, meist schon eine Kapitalgesellschaft (also keine natürliche Privatperson) zwangsweise die gesamte AG, sodass man den Vorgang schon nicht mehr als »Privatisierung«, sondern als »Kapitalisierung« bezeichnen müsste. <sup>(17)</sup>

### **Literatur**

Bauer, Rudolph, 2006: »Bertelsmann - Kommerz statt Kommune«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/2006, 863 ff

Rügener, Werner, 2006: Privatisierung in Deutschland. Von der Treuhand zu Public Private Partnership, Münster

<http://www.meinepolitik.de/ppp.htm>

## ANMERKUNGEN :

- (1) Definition nach dem Internet-Lexikon Wikipedia, das sich u. a. auch auf das Gutachten des Bundesministeriums Verkehr, Bau, Wohnen MVBW) »PPP im öffentlichen Hochbau«, 2003 II: I beruft.
- (2) Auszug aus dem Editorial zum PPP-Papier 1 von Bertelsmann, im Internet unter <http://www.begix.de>
- (3) siehe <http://www.meinepolitik.de/gevertra.htm>
- (4) vgl. dazu unten »Kommunen fördern Steuerentziehung zugunsten reicher Erben einer großen Stiftung aus NRW«.
- (5) vgl. Oberhessische Zeitung vom 04.06.2003 mit dem Bericht »Durch Verkauf und Leasing auf einen Schlag Geld in der Kasse — Landesbank informierte Ausschüsse des Kreistags über ihre Vorschläge.«
- (6) vgl. Beschlussübersicht 35, 26 des SPD-Parteitag in Bochum im November 2003
- (7) dokumente Nr. 1/04 - Das Papier ist bzw. war im Internet unter [http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_rubrik/0,,1922,00.htm](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,1922,00.htm) dokumentiert.
- (8) Der vollständige Artikel ist hier dokumentiert: <http://www.meinepolitik.de/pppberte.htm>
- (9) Quelle: [http://www.german-foreign-policy.com/index.php?lang=de&mode=detailed=search&mcate=archive&string\\_or=&string\\_not=&date\\_start=&date\\_end=&string\\_and=Bertelsmann&x=6&y=7](http://www.german-foreign-policy.com/index.php?lang=de&mode=detailed=search&mcate=archive&string_or=&string_not=&date_start=&date_end=&string_and=Bertelsmann&x=6&y=7)
- (10) Quelle: <http://www.jungewelt.de/2005/10-04/024.php> - Thomas Ristow: »Ein Protektorat in Yorkshire - Bertelsmann über alles (Teil 1). Trojaner in England«
- (11) lt. Berichten vom 27.03.2006 aus <http://www.presseportal.de/story.htx?nr=803200&search=bertelsmann> und <http://www.az-direct.com/site/media/00050729.pdf?t=1144001168896>
- (12) Quelle: <http://www.handelsblatt.com/pshb/sfn/relhbi/sfn/buildhbi/cn/GoArt!200012,201197,1057185/SH/0/depot/0/index.html>
- (13) Unter <http://www.meinepolitik.de/gruenppp.htm> und [http://europa.eu.int/comm/internal\\_market](http://europa.eu.int/comm/internal_market) dokumentiert
- (14) Bundesgesetzblatt Jahrgang 2005 Teil I Nr.56, ausgegeben zu Bonn am 07.09.2005
- (15) lt. 17342 Deutscher Bundestag - 15. Wahlperiode - 184. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 30. Juni 2005; vgl. auch <http://www.meinepolitik.de/pppbuta2.htm>
- (16) zitiert aus »DIE 50 MÄCHTIGSTEN - Der Vater des Squeeze-out« von Andreas Nölting vom 10.07.2003 im Manager-Magazin, im Internet zu erreichen unter <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/maechrigste/0,2828,256576,00.html>.
- (17) Abschließend soll noch ergänzt werden, dass private Rechtsformen eher zu Korruption neigen, was auch für PPP-Geschäfte gilt. Dazu wird auf folgende Internetadressen hingewiesen:
  - Bericht »Privatisierung fördert und legalisiert Korruption« unter [http://www.meinepolitik.de/pk3\\_neu.htm](http://www.meinepolitik.de/pk3_neu.htm).
  - »Atypische Stille Gesellschaft« unter <http://www.meinepolitik.de/vertatyp.htm>,
  - »Immobilien-Gesellschaftsvertrag« unter <http://www.meinepolitik.de/gevertra.htm>,
  - »Das Beiratsunwesen« unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Beirat>.